

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
pd@sk.so.ch  
parlament.so.ch

K 0050/2024 (DDI)

**Kleine Anfrage Fraktion FDP.Die Liberalen: Folgen der Prämien-Entlastungs-Initiative auf den Kanton Solothurn (27.03.2024)**

Der Regierungsrat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viel zahlen der Bund (anteilig) und der Kanton Solothurn heute an Prämienverbilligungen?
2. Wie viel müssen der Bund (anteilig) und der Kanton Solothurn bei Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative an Prämienverbilligungen neu jährlich zahlen?
3. Wie viel müssen der Bund (anteilig) und der Kanton Solothurn bei Annahme des Gegenvorschlags der Prämien-Entlastungs-Initiative an Prämienverbilligungen neu jährlich zahlen?
4. Wie hoch sind die Gesundheitskosten für den Kanton Solothurn (Spitalbehandlungen gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung [KVG] + Prämienverbilligungen Bund [anteilig] und Kanton) im Total und in Relation zu den Staatssteuererträgen der natürlichen Personen?
5. Wie lange reicht das Eigenkapital des Kantons Solothurn noch aus, wenn auf Basis der Zahlen des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2025-2028 die Mehrkosten bei einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative ab dem Jahr 2026 aufgerechnet werden?
6. Welche kantonalen Leistungen und Aufgaben gedenkt der Regierungsrat bei einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative abzubauen?
7. Müssen bei einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative aufgrund der finanziellen Lage des Kantons Solothurn die Steuern erhöht werden?
8. Aufgrund der finanziellen Folgen bei einer Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative: Empfiehlt der Regierungsrat eine Annahme oder Ablehnung der Prämien-Entlastungs-Initiative?

*Begründung 27.03.2024: schriftlich.*

Am 9. Juni entscheidet die Schweizer Bevölkerung über die Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien». Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP und der Gewerkschaften fordert, dass niemand mehr als 10 % seines verfügbaren Haushaltseinkommens für die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung bezahlen muss. Dazu sollen Bund und Kantone mehr Geld bereitstellen.

Gemäss der Initiative soll der Bund mindestens zwei Drittel der Kosten tragen, die Kantone den Rest. Der vom Parlament beschlossene Gegenvorschlag kostet den Bund nichts, geht deutlich weniger weit und sieht vor, dass die Kantone neu abhängig von der Prämienlast zwischen 3,7 % und 7,5 % der kantonalen Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung für die Prämienverbilligung aufwenden.

Der Kanton Solothurn veranschlagt im Jahr 2024 ein Defizit von 112 Mio. Franken. Das Eigenkapital beträgt rund 670 Mio. Franken. Der Regierungsrat erarbeitet zurzeit einen Massnahmenplan, der seine Wirkung – wenn überhaupt – erst in ein paar Jahren entfalten kann. Die Bevölkerung des Kantons Solothurn muss wissen, auf was sie sich bei einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative einlässt.

*Unterschriften:* 1. Daniel Probst, 2. Stefan Nünlist, 3. Markus Spielmann, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Manuela Misteli, Martin Rufer, Christian Thalmann, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (19)